2. Sitzung der Steuerungsgruppe zur Erarbeitung des lokalen Teilhabeplanes der Stadt Brandenburg an der Havel am 2. Juni 2015

Anwesend waren:

Herr Dr. Wolfgang Erlebach

Frau Karin Kuntke

Herr Matthias Pietschmann Herr Werner Jumpertz, AG 1 Frau Christina Behrendt, AG 2 Frau Viola Cohnen, AG 2

Frau Otto, AG 2

Herr Guido Arndt, AG 3 Herr Karl-Heinz Erler, AG 3 Frau Christin Helwich, AG 5 Herr Tim Freudenberg, AG 5

Tagesordnung:

- 1. Kurzberichte aus den Arbeitsgruppen
- 2. Verständigung zum weiteren Vorgehen Beispiel "München wird inklusiv"
- 3. Programm der Klausur am 4. September 2015
- 4. Sonstiges

Organisatorisches

- 1. Frau Tietz ist erkrankt, ebenso Frau Schmidt, von daher wird die Beratung aufgezeichnet, sodass die Protokollführung nachträglich erfolgen kann.
- 2. Eine gute Nachricht auf der Seite der Personalausstattung ist, dass wir mit ganz hoher Wahrscheinlichkeit die zugesagte und mit SVV-Beschluss eingeforderte Stelle zur Begleitung der Erstellung des lokalen Teilhabeplanes bekommen. Frau Berkholz wird diese Aufgabe übernehmen, sie ist derzeit zur Reha und hat anschließend Urlaub, von daher wird es vor der Sommerpause nicht merklich spürbar.

TOP 1 – Kurzberichte aus den Arbeitsgruppen

AG 1

Herr Jumpertz: Das, was wir uns vorgenommen haben, zunächst mal die Wohnungsgesellschaften und anschließend die Verkehrsbetriebe zu Worte kommen zu lassen, haben wir getan.

Mithilfe eines Fragenkataloges wollen wir ermitteln, was haben die Betroffenen für Ideen, für Mangel, für Ansätze und was können sie uns mit auf den Weg geben. Herr Reckow hat sich ausführlich mit dem Aktionsplan "München wird inklusiv" auseinandergesetzt. Von uns wird der Teilhabeplan Rosenheim bevorzugt, denn Rosenheim geht immer von einer Befragungssituation aus, also von einem Datenbestand, und versucht anhand dieses Fragenkataloges auch voranzukommen. Wir denken, das ist ein evidenter Mangel den wir haben und den wir auch gern mithilfe unserer Lenkungsgruppe für alle angehen wollen. Teilweise sind es Fragen,

die alle betreffen, also Querschnittsfragen, und erweitert gesehen ist Mobilität sowieso eine Querschnittsaufgabe.

Wir sollten uns in einer Arbeitsgruppe zusammensetzen, die sich mit der Erarbeitung unseres Fragenkataloges befasst. Des Weiteren sollten wir uns dazu verständigen, wer sind die Adressaten.

Herr Dr. Erlebach merkt an, dass ja das Beispiel München oder ein anderes Beispiel unter TOP 2 besprochen werden soll.

Herr Pietschmann: Wir waren in anderen Arbeitsgruppen und wir haben das, was Herr Jumpertz eben vorgetragen hat, aufgenommen, sodass der Fragenkatalog aus dieser Gruppe für alle angeboten wird, um sie dann mit den anderen Gruppen abzugleichen und zu optimieren, damit nicht jeder das Gleiche macht.

AG 2

Frau Behrendt: Wir haben im März unsere bisher einzige Sitzung gehabt und haben uns auf die Schwerpunkte vorschulische Bildung, Schule, lebenslanges Lernen, Aus- und Weiterbildung verständigt. Dann gehört zu unserem Bereich ja auch der Sport bzw. wie Bewusstseinsbildung zum Thema Inklusion i. S. d. UN-BRK stattfinden kann.

Der erste Schritt sollte eine Analyse des Ist-Standes sein. Wir wollten auch ohne Befragung schon versuchen, eine Analyse herbeizuführen. In der nächsten Sitzung werden wir uns noch einmal auseinandersetzen und uns an den Fragebogen von Rosenheim orientieren. In der Verwaltung sind im Bereich Bildung, Jugendhilfe statistische Daten vorhanden, woraus hervorgeht, wie viele Kinder mit einer Behinderung oder einem Förderbedarf in Kindertagesstätten untergebracht sind, in Schulen ebenso. Das andere wäre natürlich auch eine Befragung der unterschiedlichen Einrichtungen, wie sie ihre Einrichtung vielleicht für geeignet halten, um Kinder mit Behinderungen oder einem Förderbedarf aufzunehmen. Frau Taege aus unserer AG hatte eine Idee, wie der Teilhabeplan aus ihrer Sicht gegliedert sein könnte. (Anlage)

AG 3

Herr Arndt: Der Arbeitsauftrag war aus der letzten Sitzung für uns auch, einen Fragenkatalog zu erarbeiten. Wir haben das auch getan und haben uns an dem Papier von Rosenheim orientiert und konkret die Fragen zum Thema Arbeit und Beschäftigung, Sensibilisierung von Unternehmen zur Einstellung von Menschen mit Behinderungen, herausgesucht. Die Fragen haben wir zur Diskussion gestellt und letztendlich im Protokoll das Ergebnis dokumentiert. Wir haben auch die Systematik aufgegriffen, dass es als erstes um die Befragung der betroffenen Personen ging und im zweiten Block um die Befragung von Unternehmen. Zu 1. sind wir zur Erkenntnis gekommen, dass dies als notwendig erachtet wird. Zu 2. haben wir auch die Fragen aufgegriffen und diskutiert mit dem Ergebnis, dass bei Rosenheim der Erkenntniswert aufgrund des geringen Rücklaufes der Unternehmen so gering war, dass man dann im Ergebnis dazu kam, eher eine Art Expertenbefragung mit ausgewählten Unternehmen durchzuführen.

Das Meinungsbild insgesamt zu dem Thema war, dass man es für sinnvoll hält, so eine Art kleinen Masterplan durch Externe zu erarbeiten. Es wurden konkrete Maßnahmen vorgestellt aus dem Programm von Rosenheim und insbesondere die Maßnahmen von Werbekampagnen wurden positiv aufgegriffen. An diesen Maßnahmen zu arbeiten und ggf. umzusetzen sowie auch Veranstaltungen wie Neujahrsempfänge u. a. Veranstaltungen zu nutzen, um auf dieses sensible Thema Einstellungen von Behinderten einzugehen, wurde für sinnvoll gehalten.

Das war das Ergebnis aus der letzten Sitzung. Hinzu kommt noch der Punkt, dass wir es für sinnvoll erachtet haben, Unternehmen in die Diskussion einzubeziehen, um praktisch den Blickwinkel aus Unternehmersicht zu beleuchten. Das war jetzt in der 2. Sitzung noch nicht der Fall. Wir haben uns das für die 3. Sitzung auf die Agenda geschrieben.

AG 4

Herr Pietschmann übernimmt für die AG 4 den Bericht. Es geht darum, wie wir im sozialen Raum gesichert wohnen und leben wollen. Wir waren jetzt im Prinzip dabei, um diese Teilhabebereiche enger zu fassen und sie letztendlich auch wieder in Fragenkomplexe aufzunehmen und erst einmal Daten zu schaffen.

Mitspracherecht von behinderten Menschen natürlich allgemein auch in Gremien, Bewusstseinsbildung war ein Thema. Alle anderen Bereiche wurden mit angesprochen. Das Sichersein in den einzelnen Wohngebieten haben wir auch sensibilisiert.

Frau Kuntke hatte kritisiert, dass wir bei allem, was die Stadt bis jetzt zu erledigen gehabt hätte, in den vergangenen Jahren aus der Barcelonaer Erklärung (die wir ja unterzeichnet haben) über die Anfänge hinweg - aber noch nicht im Mittelfeld gelandet sind. Hiermit sollten wir uns noch einmal gesondert befassen, um dort vorwärts zu kommen und das parallel unter der Sichtweise der UN-BRK.

In unserer AG fehlen die Altenpflegebereiche – Alt werden in Brandenburg – und das wundert uns sehr, denn die waren am Anfang dabei.

AG 5

Herr Freudenberg: Wir hatten unsere 2. Sitzung mit gleichem Teilnehmerkreis. Bei uns in der AG sind stark vertreten die Gehörgeschädigten sowie eine Kollegin, die nicht sieht. Es gab einfach wiederholt für uns erhellende Informationen, was für Hilfsmittel existieren, um Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu unterstützen, wenn entsprechende Ressourcen oder Gegenangebote um den Kultur- und Freizeitbereich vorhanden wären - sprich: dass man bei Printmedien für Veranstaltungsprogramme o. Ä. einfach auf die Gestaltungsart achtet (matt statt Hochglanz, kurze Sätze). Das muss man verinnerlichen in seiner Kommunikationspolitik im Bereich Kultur und Tourismus – aber eigentlich überall. Damit ist schon ein großer Schritt getan. Wir sind in der zweiten Runde inhaltlich nicht sehr viel weitergekommen. Wir wünschen uns, dass das BT auf uns zugeht. Wir müssen gemeinsam schauen, ob es Sinn macht, gesonderte Angebote für Gruppen mit Lebensbeeinträchtigungen anzubieten, vielleicht Nachmittagsveranstaltungen und die dann auch – damit es nicht ein wirtschaftliches Risiko und Wagnis ist - ordentlich und frühzeitig kommuniziert. Das Theater geht jedes Jahr mind. ein dreiviertel Jahr vorher in die Spielzeitplanung. Man kann dann z. B. mit den Einrichtungen der Behindertenwerkstätten oder auch den anderen Partnern einfach schauen, wann machen wir ein Programm für euch, dies langfristig planen und dann weiß man, im April an dem Tag soundso fahren wir gemeinsam zu einer Veranstaltung in das Theater. Das kann man als Idee verdichten. Was dann vielleicht ein bisschen mehr kostet, sind bestimmte technische Dinge, wo man eine Investitionssteuerung machen muss, dass z. B. die Übertitelung von Schauspielen stattfindet oder dgl., das ist dann eine Einmalinvestition in die Technik, bietet sich aber an.

Gleiches gilt für das Museumswesen. Interessant war, dass das Archäologische Landesmuseum Gastgeber der Fokusveranstaltung war, sozusagen eine Fachmesse aus der Museumsbranche, die sich um Inklusion gekümmert hat. Dort haben sich auch Innovationsfirmen vorgestellt mit ihren Technologien. Die Branche wächst, es gibt dort Technologieführer, es ist dann nur die Frage, wie wir den unterfinanzierten oder kommunal oder staatlich finanzierten Kulturbetrieb in die Situation bringen, dass man so etwas machen kann. Das ist auch wiederum eine Bewusstseinsentwicklung, man muss – wenn man einen Investitionsplan aufstellt als GF – das Thema Inklusion auch in den Blick nehmen und schauen, dass man bei den Investitionsfragen sich die Frage stellt, welche Bedingungen der lokalen Teilhabe werden damit erfüllt. Im Prinzip muss man vielleicht bei Investitionsentscheidungen nur zwei, drei Fragestellungen formulieren. Es ist ein kleiner Schritt in die richtige Richtung. Unsere AG hat gar nicht mehr so einen großen weiteren Planungs- und Kommunikationsbedarf. Jeder hat andere Interessen, der eine ist ein Kulturgänger, der andere nicht. Da ist es egal, wer welche Lebensbeeinträchtigung hat, aber Interessierte sollten nicht ausgegrenzt werden, weil sie den Zugang nicht bekommen. An diesem Thema können wir in kleinen Schritten arbeiten. Wir wären jetzt in der Lage, erste Bausteine für ein Maßnahmenpaket zu formulieren, die relativ ohne viel Geld umgesetzt werden können, einfach um den Startschuss zu geben, die Kultur entwickelt sich auch und öffnet sich für die lokale Teilhabe.

TOP 2 - Verständigung zum weiteren Vorgehen - Beispiel "München wird inklusiv"

Herr Dr. Erlebach: Die Stichpunkte sind schon gefallen, die wir unter diesem Tagesordnungspunkt vertieft diskutieren müssen, das ist für mich an erster Stelle die Frage a) Gibt es den Bedarf, einen Fragebogen zu erstellen und b) nach welchem Muster?

Aus den Berichten der Arbeitsgruppen war herauszugehören, dass es bereits Fragebögen gibt, entwickelt von der AG 3 für den eigenen Bereich und aus der AG 1, der sich an Rosenheim orientiert. Frau Kuntke könnte ihren Ansatz jetzt kurz vorstellen, der eher auf dem Fragebogen von München basiert und dann würden wir erst einmal die Frage: 'Fragebogen ja/nein, welche Richtung und an wen' diskutieren und im Anschluss den Punkt: Soll es Rosenheim oder München am Ende sein.

Herr Erler hat manchmal das Gefühl, dass wir versuchen, Dinge zu wiederholen und Dinge zu machen, wo andere längst schon darüber hinaus sind. Wir suchen alle nach einem roten Faden, haben ihn aber noch nicht gefunden.

Herr Dr. Erlebach schlägt vor, das unter dem Thema Workshop noch einmal zu besprechen. Er könnte sich vorstellen, den schon gebundenen Experten Herrn Steinert, der sich definitiv auskennt in der Landschaft und auch weiß, wie es in anderen Städten gelaufen ist, hierfür zu gewinnen.

Herr Pietschmann befürwortet diesen Vorschlag. Das hat aber nichts mit dem Fragebogen an sich zu tun. Wenn wir unsere Daten nicht so haben, wie wir sie brauchen, müssen wir diese in Erfahrung bringen. Da kommen wir an bestimmten Fragestellungen für jeden hier in der Stadt nicht vorbei. Vielleicht wäre eine Sondersitzung zur Erstellung des Fragebogens sinnvoll mit dem, was jetzt erarbeitet wird.

Frau Kuntke hat den Münchener Fragebogen zugrunde gelegt, weil dieser aus Sicht der Menschen mit Behinderungen geeigneter erscheint. Viele Fragen auch bei Rosenheim sind aus Sicht der Menschen mit Behinderungen etwas überfrachtet. Der Münchener Fragebogen ist zwar sehr lang, daran müssen wir kürzen, für die Menschen mit Behinderungen muss es kurz und bündig sein.

Sie hat einige Fragestellungen für unsere Stadt übernommen, den Menschen mit Behinderungen angeboten und es kommt ein Feedback rüber. Es überfordert sie nicht. Man kann diesen Fragebogen auch an Unternehmen geben. Es ist richtig: Es sollte ein Fragebogen sein, z. B. an Arbeitgeber etc. – wie stellen sie sich das vor? Oder Checklisten – so wie sie z. B. an Arztpraxen geschickt werden. Der Fragebogen, den wir an den Behinderten schicken, darf nicht ausschweifen, nicht endlos lang sein, es müssen wirklich kurze Fragen sein. Der Fragebogen liegt als Anlage bei.

Herr Jumpertz möchte darauf verweisen, was Herr Reckow der AG 1 zur Verfügung gestellt hat. Diese Fragen enthalten sehr komprimierte Gedankengänge. Gern können sich zwei bis drei Leute bereit erklären, die das für unsere nächste Sitzung sichten und die übergreifenden Fragen konkretisieren. Wir können uns alle Fragebögen anschauen, alle haben Vor- und Nachteile. Er möchte ein letzten Punkt anmerken: Wir sollten uns, wenn wir weiterarbeiten, relativ eng an die UN-BRK binden, dann kommen wir auch ein Stück weiter und haben Orientierung und keine Ziellosigkeit. Das was wir machen wollen, ergibt sich aus den klaren Vorgaben, die sind einfach, verständlich und griffig.

Er möchte abschließend zur AG 1 zu den Wohnungsunternehmen sagen (sh. 1. Protokoll), dass wir nicht wissen, ob Angebot und Nachfrage übereinstimmen. Die Behindertenvertreter haben klar erklärt, die Nachfrage ist bei weitem nicht ausreichend für behindertengerechte Wohnungen. Die Wohnungsgesellschaften sagen, sie können nicht komplett behindertengerechte Wohnungen anbieten, andererseits sagen sie, sie hätten genug Wohnungen.

Herr Pietschmann möchte hier gern einmal nachsetzen. Wir haben in den Köpfen nicht ganz klar, um was es geht. Für Herrn Jumpertz als GF der VBBr ist es völlig egal gewesen, ob es

hier einen Rollstuhlfahrer gibt, drei Rollatorennutzer oder 1000. Die Aufgabe bestand, barrierefreie Haltestellen anzulegen und sich die Technik anzuschaffen. Das Wohnungsunternehmen fragt, wie viel Rollstuhlfahrer gibt es denn. Das interessiert gar nicht. Das einzige, was wir im Land machen müssen, ist die Bauordnung ändern. Und das verlangt die UN-BRK. Wenn ich selbst Betroffener bin, sieht die Welt völlig anders aus. Das ist der Fehler, das Gesetz muss folgen. Gesetze sind politische Änderungen, die ich will, und wenn die Mehrheit im Bund beschließt, für bestimmte Dinge Geld bereitzustellen, das abtropft auf die Länder und da heißt es auf einmal, kein einziger Neubau ob privat oder öffentlich muss immer barrierefrei sein, barrierefrei bitte nicht stufenlos, für Blinde, Gehörgeschädigte etc.- und wenn das in einem Gesetz steht, dann ergibt sich die Frage gar nicht, ob ich Nutzer habe.

Herr Dr. Erlebach bedankt sich für das Grundsatz-Statement. Wir sollten die Sachen ein bisschen auseinanderhalten, dass wir nicht so sehr in inhaltliche Dinge gehen, das gehört in die Arbeitsgruppen. Wir müssen den roten Faden finden, eine einheitliche Herangehensweise für die Arbeitsgruppen. Wir waren beim Fragebogen. Es ist Konsens, dass ein abgeglichener Fragebogen während der Sommerpause verschickt wird.

Frau Behrendt: Als Tipp wäre der Integrationsfachdienst Potsdam auch der, welcher Unternehmen vermittelt und versucht, einen Übergang für Schüler unserer Schule auch auf dem ersten Arbeitsmarkt anzubahnen bzw. erst mal in Form von Praktika, was z. T. schon gut gelingt.

Herr Freudenberg: Der Konsens ist, dass wir eine Fragebogenaktion durchführen. Es geht ja in die Richtung, zwei Fragebögen zu erarbeiten, also den Fragebogen an Betroffene und den Fragebogen an die Öffentlichkeit, das ist einmal die Zielgruppe Unternehmer, was machen sie, was könnten sie machen, wo brauchen sie Hilfe. Um kurzfristig Fragebögen zu haben und damit an den Start gehen zu können, sollten wir in eine Kreativrunde in einer kleinen Gruppe machen, um Fragebögen zu entwerfen. Herr Dr. Erlebach und Herr Pietschmann stimmen dem zu. Herr Jumpertz erklärt ebenso seine Bereitschaft, gemeinsam mit Herrn Reckow hier mitzuwirken.

Herr Pietschmann zu den Fragebögen für Betroffene und für Unternehmen: Den Fragebogen für den Menschen, der es nicht so lesen kann, den gibt es parallel in einfacher Sprache. Trotzdem bekommt man anhand der 10 Hauptfragen nochmal die Fragen völlig einfach hin und es ist erstaunlich, es kommen die gleichen Ergebnisse heraus. Der Fragebogen, der kommuniziert werden muss, ist für Menschen mit einer geistigen Mehrfachbehinderung, das müsste sowieso anders erklärt werden, vielleicht sogar mit Farbenspielen, da ist es schwieriger.

Herr Dr. Erlebach stellt fest, dass es zum Thema "Was ist das eigentliche Endprodukt" immer noch ein ziemliches Spannungsfeld gibt. Einige sagen, München ist nur Lyrik, andere sagen, ich will eine Liste haben von umsetzbaren Maßnahmen mit Zeiträumen und Ressourcen, die ich dafür brauche, und Dritte sagen, es ist das anspruchsvollste wenn ich die Bewertungen höre, ich will das, was Rosenheim gemacht hat. Diese Fragen müssen wir klären.

Herr Jumpertz: Im Teilhabeplan Rosenheim, S. 42 steht unter 6.2. Schule etc. Das ist für mich konkret und abrechenbar. Da steht zum Schluss: Was wollen wir erreichen - Handlungsziele für die nächsten 5 Jahre. Unter 6.2.4. stehen 9 Maßnahmen. Deshalb finde ich es so gut, weil ich a) das verstehe, obwohl ich von dem Thema keine Ahnung habe und b) weil es konkret, abrechenbar und gut strukturiert ist.

Herr Dr. Erlebach hätte es gern gestraffter, denn ob die Statistik dort auch enthalten sein muss, ist fraglich. Es muss etwas kommen, an dessen Entwurf Menschen mit Behinderungen mitreden können. Das ist mit im Blick zu behalten. Wenn wir ein relativ akademisches Papier haben, dann verlieren viele Menschen, und das geht nicht nur den Menschen mit Behinderungen so, schnell die Lust am Diskutieren, sie wollen einfach konkrete Maßnahmen: Was passiert auf dem Feld. Wenn das also das Übergewicht wäre, wenn wir Konsens erzielen würden,

wir wollen Maßnahmen nennen, die möglichst konkret sind. Wir machen eine zweite inklusive Schule, die kommt dort hin - Maßnahme! Aus München können wir ja das Gute trotzdem übernehmen, den Verweis auf die entsprechende Aussage der UN-BRK, wie wir sie verstehen und umsetzen wollen und dann die Situationsbeschreibung relativ knapp und deswegen wollen wir Maßnahme 1, 2, 3 und 4 mit Ja zur Umsetzung, auch mit Zeitraum und mit notwendigen Ressourcen und Verantwortung – wer ist zuständig dafür.

Spricht sich jemand ausdrücklich gegen Rosenheim oder für ein anderes Grundbeispiel aus?

Herr Pietschmann: Ob Rosenheim oder München oder Hennigsdorf das spielt keine Rolle. Die Idee, die UN-BRK als Artikel oben hinzuschreiben, ist erst einmal super und darunter strukturieren wir den Ist-Stand. Ob es bei uns 5 Jahre heißt oder 7 Jahre und ob wir das schon in einem ordentlichen Prozess in 12 Monaten mit finanziellen Mitteln hinterlegen können, das wissen wir noch nicht. 5 Jahre sind nicht schlecht, das würde ja auch heißen, dass wir den lokalen Teilhabeplan fortschreiben. Das finde ich doch entscheidend, so wie sich auch was in der Gesellschaft verändert und wie sich Gesetze verändern werden.

Herr Dr. Erlebach: Der Fragebogen geht an die Arbeitsgruppe und sie nehmen in ihre Arbeitsgruppen mit, dass wir uns einhellig in der Steuerungsgruppe darauf verständigt haben, in etwa so heranzugehen wie Rosenheim.

Frau Otto: Die Gedankengänge des Fragebogens haben wir für uns genauso festgestellt. Wir müssen ja sehr viele befragen, das sind Eltern, Schüler und das Landesamt für Schule und Lehrerbildung. Es sind da einige mit einzubeziehen. Die Interviews durchführen könnte z. B. die Fachschule für Sozialwesen – so war unsere Idee.

Frau Behrend ergänzt: Interviews deshalb, weil dann das Verständnis besser hergestellt werden kann.

Herr Pietschmann würde sich mit der Fachschule für Sozialwesen in Verbindung setzten.

TOP 3 - Programm der Klausur am 4. September 2015

Herr Dr. Erlebach: Ein Auftrag aus der letzten Steuerungsgruppe war, dass man einen Bedarf gesehen hat, doch noch einmal einen Input zu kriegen. Ich habe den Inklusionsexperten Herrn Steinert gebunden für den 4. September 2015. Er war schon einmal in der Stadt, hat drei Ausschüsse in einer gemeinsamen Veranstaltung mit einem Vortrag erfreut, es ist im Schnitt gut angenommen worden, jedoch relativ folgenlos geblieben in konkreten Umsetzungen – leider. Aber es ist auch manchmal wichtig, sensibilisiert zu werden. Der Bedarf ist bei vielen auch da. Herr Steinert ist so breit aufgestellt als Experte für Inklusion, dass wir ihm einen Auftrag geben oder mit ihm einen Vertrag machen können, wo immer wir hin wollen. Wenn der Wunsch besteht, eher zu sagen, solche Herangehensweise an den Teilhabeplan hat den Vor- und den Nachteil, das könnte er möglicherweise machen, er könnte sehr stark auf ein Handlungsfeld eingehen (z. B. Bildung, Mobilität...).

Der Arbeitstitel des Vortrages könnte lauten: Gute und schlechte Erfahrung bei der Erarbeitung des lokalen Teilhabeplans und erste Umsetzungserfahrungen oder wie wird ein Teilhabeplan auch umsetzbar gemacht! So in die Richtung sollte es gehen. Die Veranstaltung würde im Bürgerhaus Hohenstücken stattfinden und ist für alle offen. Zeitlich sollten wir am 4. September von 9:00 Uhr – 15:00 Uhr einplanen. Wegen des Publikums sollte der Vortrag eher nachmittags stattfinden, wir können auch die nächste Sitzung der Steuerungsgruppe mit Herrn Steinert durchführen – es kommt auf seine zeitliche Verfügbarkeit an und die finanziellen Vorstellungen.

Herr Jumpertz findet es gut, wenn Herr Steinert unsere Steuerungsgedanken mal live erlebt.

TOP 4 - Sonstiges

Frau Kuntke wird ja nun sehr oft gefragt, wie kommen wir auf die Seiten Teilhalbeplan. Mit der Erklärung des "Klick-Weges" auf der Stadt-Brandenburg-Seite braucht sie nicht anzufangen, das ist zu kompliziert, da wird ihr gesagt, wir sind dann wohl sowieso nicht erwünscht dann brauchen wir das auch nicht. Vorzugsweise schickt sie den LINK per E-Mail.

Herr Dr. Erlebach nimmt das Problem noch einmal mit. Vielleicht können wir eine eigene Internetseite schalten, z. B. wie bei den Bibliotheken.

Herr Freudenberg ist es auch noch einmal ein Anliegen, das anzuregen. Unsere Kultureinrichtungen sind zwar auf der städtischen Internetseite, aber die kriegen eine Sub-Domäne. Wir kommunizieren z. B. Musikschule-Brandenburg de, das geht dann zwar auf diese Unterlinks, es ist im Prinzip nur die Startseite. So könnte man auch sagen: Teilhabe-Brandenburg o. s. in der Art. Dann hat man als Einstieg eine Internetseite, die einfach ist.

Herr Arndt hat bereits zweimal einen Hinweis bekommen mit einschlägigen Werken, das eine ist das Behindertenmaßnahmenpaket für das Land BRB und das zweite ist die Abschlusssitzung des Deutschen Städtetages – jeweils mit dem Hinweis, das könnte ganz interessant sein für die AG. Seine Frage wäre, wenn er Werke hat, die wirklich von Bedeutung und Interesse für alle Beteiligten sind, ob es dann nicht ein gangbarer Weg wäre, einen zuständigen Verantwortlichen aus dem Ministerium oder aus dem DST zu bitten, dann vor Ort einen Kurzvortrag zu Inhalten und Kernpunkten zu halten?

Herr Pietschmann ist etwas verwundert, das sollte zur Standardliteratur in jedem Zimmer der Behörde, bei Polizei und auch bei Stadtunternehmen gehören. Genau das ist die Richtschnur für die nächsten 10 bis15 Jahre. Und den Bundesteilhabeplan würde er auch vorsichtshalber lesen. Der Bund hat vor 4 Jahren angefangen, dann kamen die Länder dazu. Die ersten Länder waren Nordrheinwestfalen, Baden-Württemberg, Bayern, Rheinlandpfalz. Da war für alle klar, was zu tun ist. Das tropft jetzt auf die Kommunen und auf die kreisfreien Städte. Das ist das Gesetz.

Herr Dr. Erlebach räumt ein, dass manches noch zu ungefiltert ist. Es sind nicht nur Standardwerke, was er weiterleite, das ist einfach als Anregung gedacht, z. B. das vom Städtetag muss man nicht unbedingt haben, jedoch die großen Maßnahmenpakete. Künftig verschicke er es mit einem Vortext, unter welchem Gesichtspunkt das zu sehen ist und wenn jemand meint, das ist nicht sein Gesichtspunkt, dann ist das auch ok.

Herr Jumpertz möchte auf eine Veranstaltung im Paulikloster am 22. Juni 2015 hinweisen, in der auch er auftrete zum Thema Barrierefreiheit und ÖPNV, u. a. sind auch die Fachministerin sowie der Landesbehindertenbeauftragte dabei. Wer teilnehmen möchte, kann es gern tun.

bestätigt:

Liane Schmidt Protokollführerin Dr. Wolfgang Erlebach

Projektleiter

Anlagen:

Vorschlag der Gliederung des THP v. Frau Taege

Fragebogen v. Frau Kuntke

12.03.2015

Ute Taege Vorsitz JHA Stadtverordnete, CDU-Fraktion

Erarbeitung Lokaler Teilhabeplan der Stadt Brandenburg an der Havel

Vorschlag der Gliederung

1. Vorwort

Oberbürgermeisterin

2. Einleitung

- Auftrag durch Beschlussfassung der SVV (vom..., Nr....)
- Namentliche Benennung der Steuerungsgruppe als auch der einzelnen Arbeitsgruppen mit Angabe zur Anzahl der jeweiligen Arbeitstreffen
- Kurze Erklärung zum Aufbau des Lokalen Teilhabeplans

3. Gesetzliche Grundlagen

- UN-Ebene (UN-Behindertenrechtskonvention)
- EU-Ebene (...)
- Bundesebene (SGB I bis XII, insbesondere II, III, V, VIII, IX, XII; FrühV, EGH...)
- Landesebene (BbgBGG, KiTaG, Behindertenpolit. Maßn.paket...)
- Kommunale Ebene (Masterplan, KiTa-, Sport-, Schulentwicklungsplanung, Förder-RiLi's...)
- 4. Darstellung des Ist-Standes in der Stadt Brandenburg an der Havel (Anhand der einzelnen Arbeitsgruppen).
- 5. Problemdarstellung

(In kurzer Textform und anschließender Tabellenform: ggf. farblich)

6. Prioritätensetzung

(Was ist am dringendsten zu ändern?) Maßnahme-Planung / Maßnahmekatalog...

7. Laufende Überprüfung / Prüfung der kurz-, mittel- und langfristigen Maßnahmen

Berichterstattung an die SVV

Reflexion zur 1. Sitzung der Arbeitsgruppe Bildung

Dem Protokoll der Arb.gruppe 2 Bildung entnehme ich den Punkt:

"* Jugendhilfeplanung

Tietz/ Behrendt" (Zitat)

(?)

<u>Hinweis</u>: Ich sehe hier eher Frau Dr. Gobst, Jugendhilfeplanerin im FB IV als hinzu zu bittende Expertin, weniger Frau Tietz und Frau Behrendt.

Ich bitte hie,r ggf. eine entsprechende Korrektur vorzunehmen?

Anmerkung

Ich beantrage hiermit, dass den Mitgliedern Arbeitsgruppen die Protokolle aus den Sitzungen der Steuerungsgruppe per E-Mail zugesandt werden. Damit werden potenzielle Fehlinformationen und Missverständnisse möglichst gering gehalten. Außerdem wird der Informationsfluss und das gemeinsame Verstehen optimiert.

U. Taege

Anlage (2) Zw NS THP/ Skubrugg-

Umfrage für einen lokalen Teilhabeplan für Menschen mit Behinderung

Fragen an Menschen mit Behinderung

1	Inwieweit fühlen Sie sich in Ihrem Alltag	durch l	hre Behinderung b	peeinträchtigt?				
	Gar nicht Kaum Mä	ßig O	Stark O	Sehr stark O				
2	Kreuzen Sie bitte an, welche Behinderun (Bitte nur eine Angabe machen. Falls meh die Behinderungsart, welche im Vorderg	rere Be	ehinderungsarten zu	ı treffen, nennen Sie bitte				
	O Körperliche Behinderung	0	Gehörlosigkeit, Taub	heit,Schwerhörigkeit				
	O Geistige Behinderung	0	Blindheit, starke Seh	behinderung				
	O Lernbehinderung	0	Psychische bzw. see	elische Behinderung				
	O Chronische Erkrankung	0	Zuordnung schwer	möglich				
3	Wie stark ist Ihre Behinderung bzw. Beeinträchtigung? (Verwenden Sie zur Beantwortung den Grad der Behinderung (GdB), der im Bescheid des Versorgungsamtes bzw. im Schwerbehindertenausweis angegeben ist)							
•	O GdB unter 50 O GdB 50 bis 90 O kein GdB bzw. es ist kein Antrag auf Fe	ststellu	O GdB 100 O Weiß nich ng einer Behinderung	•				
4	Welche Merkzeichen sind in Ihrem Schwe (Mehrere Antworten möglich)	rbehind	dertenausweis einge	etragen?				
	O G (gehbehindert)	B (Ber	echtigung zur Mitnahr	ne einer Begleitperson)				
	O aG (außergewöhnlich gehbehindert)	BI (bli	nd)	·				
	O H (hilflos) □) GI (g	ehörlos)	·				
	O RF (Rundfunkbefreiung)	Keine	Merkzeichen eingetra	agen				
5	In welchem Jahr haben Sie die Behinder	ng erw	orben?					
	Im Jahr	Bei	Geburt bzw. angeb	orene Behinderung				
6	Seit welchem Jahr haben Sie einen Schu Seit(Bitte das Jahr angeben, in haben)			ndertenausweis erhalten				

Wohnen und Wohnumfeld

7	Seit wann leben Sie ununterbrochen in Brandenburg an der Havel
	를 받았다. 그는 그는 그를 가는 것이 되었다. 이 그는 그는 그는 그를 보고 있다. 그는 그를 보고 있는 것이 되었다.
	를 통해 있다. 그런 그런 이번에 가장 보고 있다. 그는 이 보고 있는데 그리고 있는데 그런데 그리고 있다. 클라마트를 하고 있는데 그리고 있는데 그런데 그런데 그리고 있는데 그런데 그런데 그런데 그리고 있는데 그런데 그리고 있다.
	를 받았다. 현실 등 보고 있는 것이 되었다. 그는 그는 그는 그는 그는 그는 그를 보고 있는 것이 되었다. 그는 그는 그는 그를 보고 있다.
	를 가입하는 이 보고 한 경기 때문에는 그 그 모든 경기에 되는 것이 되었다. 그 것은 이 경기를 받았다. 그는 것이다.
	를 받고 있다는 보이는 것이 되는 것이 되었다. 그런 그는 그는 그는 그를 보고 있는 것이 되는 것이 되는 것이 되었다. 그런 것이 되었다. 회사 사람들은 사람들이 되었다. 그는 것이 되었다. 그는 그는 그를 보고 있는 것이 되었다. 그는 것이 되었다. 그는 것이 되었다. 그는 것이 되었다.
	를 받는 것은 사람들은 그 전에 가지가 되고 있는데 되었다. 그 그리고 있는데 그는 사람이 되고 있는데 말을 하는데 되었다. A X 18 : 10 : 10 : 10 : 10 : 10 : 10 : 10 :
	를 하고 있었다. 그는 사람이 되는 사람이 살고 있는 것이 되는 사람이 되는 것이 되었다. 그는 것이 되었다. 일반 사람이 되었다. 그는 것이 되었다. 그는 사람이 하고 있는 것이 되는 것이 되었다. 그는 것이 되었다.
	에 마음이 하는 것이 하는 것이 되었다. 이 사람이 되었다. 그는 것이 되었다는 것이 되었다. 그는 것이 되었다. 그는 것이 되었다. 그런 것이 되었다. 그런 것이 되었다. 그런 것이 되었다. 그런
	를 받을 수 있다. 그는 사람들은 사람들이 되었다. 그런 그렇게 되었다. 그런
	를 받는 것이 되는 것이 되었다. 그는 것이 되었다.
	기를 하고 있는 그는 것은 이 전에 가지 이 이 이 전에 가는 것이 되어 있는데 본 전에 하는데 말했다. 기통을 받는데 말했다고 있는 것이 있는데 이 말이 이 이 하는데 되어 되었다.
	에 다른 경기를 보면 되었다. 현실 등에 가는 그들은 그는 것이 되었다. 그는 경기를 가는 것이 되었다. 그는 것이 되었다. 그런 것이 되었다. 그런 것이 없는 것이 없는 것이 없는 것이 없는 것이 한 경기를 보는 것이 가장 되었다. 그는 것이 되었다. 그는 것이 되었다는 것이 되었다. 그는 것이 없는 것이 되었다.
	사용하다 보고 있는데 한 경기를 보고 있는데 되었다. 그런데 하는데 그런데 하는데 그런데 하는데 그런데 되었다. 그런데
Seite 1	

		O Seit meiner Geburt Seit dem Jahr	_ (Bitte das Jahr angeben, seitdem Sie in Brandenburg a.d.Have
8		Aus welchen Gründen sind S	ie nach Brandenburg an der Havel gezogen
		O Familiäre Gründe	O Zur Ausbildung
		O Wegen Arbeit bzw. Heim	O Umzug in eine Wohnstätte
,		O Mehr geeignete Dienstle Lebensqualität für Menschen mit Behir	
		O Anderes, und zwar	
9	In welche	n Stadtteil /Ortsteil wohnen Sie	9
	O Inr	enstadt	O Klein-Kreutz
٠	O Ne	ustadt	O Wust
	O w	ilhelmsdorfer Vorstadt	O Gollwitz
	ON	ord	O Göttin
	Он	phenstücken	O Mahlenziehn
	OG	örden	O Schmerzke
	ОРІ	aue	
	Окі	rchmöser	
10	The first of the f	vohnen Sie zusammen? untworten möglich	
	O Mit me Kindern O Mit Bru O□Mit B	hne alleine iner Mutter und/oder Vater uder bzw. Schwester ekannten bzw. Freunden deren Personen, und zwar	 Mit Lebenspartner, Ehepartner Mit meinem Kind bzw. meinen Mit anderen Verwandten Mit anderen Menschen mit Behinderungen
	I		
11	Wohnen S	Sie…? (Mehrere Antworten n	nöglich)
	O In ein	er Wohnung zur Miete	O Kostenlos in der Wohnung bzw. im Haus Ihrer Eltern
		er eigenen Eigentumswohnun im eigenen Haus	g O Im ambulanten bzw. betreuten Wohnen
		ner selbstorganisierten ngemeinschaft	O In einer Wohngemei nschaft mit Menschen mit Behinderung

	O In einem Wohnheim für Menschen mit Behinderungen									
	O Sonst	iges, unc	l zwar _							
12	lst∖lhre Wohnung bzw. ist lhr Haus für Sie persönlich <u>subjekti√</u> behindertengerecht /barrierefrei ?									
	O Trifft nicht zu, da ich keine besonderen Vorkehrungen brauche									
	O Ja, ganz und gar									
	O Ja, aber nur teilweise									
	O Ne	ein, überl	naupt ni	cht						
13	Wie zufrie Stadtbezii von 1 bis	k?(Kenn	zeichne	n Sie Ih	re Meinu	ng auf d	er jeweil	igen Sk		in Ihrem
	Sehr zufri	eden	1	2	3	4	5 ()	6	Sehr unzufi	rieden
				Soz	iale und	i kultur	elle Tei	habe		
 14	Sind Sie I ein einer/I								nen Behinder	tenverband,
•		. 0	Ja			74.4.1		, ,,,,,,,		
		und zwa ein bzw. \ t Behinder	/erband		einem für Mensc	•	_		oglich) Sewerkschaft	
		nderen V mweltvei	•	•	ultur-,		□. ≱	ircheng	emeinde	
	O Se	elbsthilfe	gruppe							
15	Sind Sie z	urzeit eh	renamt	lich bzv	v bürae	rschaftl	ch aktiv	?		
***)	O Ja	, mindes , aber se lein	tens ein	mal im	Monat				ri and an est	<u> </u>

16	Wie oft verbringen Sie mit den nachfolgend genannten Personengruppen Ihre Freizeit?
'	
-	
•	
,	
•	
. •	
Seite 3	

	nie									
	Partner bzw. mit den eigenen Kindern	0	0	0	0					
•	Eltern	Q	Q	0	0					
	Geschwistern oder anderen Verwandten	0	0	0	.0					
	Freunden	0	0	0	0					
	Nachbarn	O	0	0	0					
	Arbeitskollegen bzw. Mitschülern	. 0	0	0	0					
	Bezahlten Assistenten	0	0	0	0					
	Mitarbeitern von Einrichtungen (z.B. Betreuern)	0	0	0	0					
	Anderen Menschen mit Behinderungen	0	0	0	0					
	Anderen, und zwar	0	0	0	0					
	Wenn Sie mit einigen Aspekten nicht ganz zufrieden sind, was sind die Gründe für Ihre Beurteilung? (Mehrere Antworten möglich)									
	O Ich habe nicht immer eine Begleitperson verfügbar, wenn ich etwas außer Haus unternehmen									
	rund meiner Behinderung bzw. Beeinträchtigi ichkeiten eingeschränkt	ung fühle ic	ch mich gene	erell in meiner	1					
	bt zu wenig Freizeitangebote, die gleicherma n bzw. Beeinträchtigungen offen stehen	ßen Menso	chen ohne w	vie mit Behind	er					
O Es gi	bt zu wenig separate Freizeitangebote für Me	enschen mi	t Behinderu	ngen						
	h oft auf ein Taxi bzw. einen Behindertenfahr en der Beförderungskosten auf viele Aktivitä			, muss ich sch	non					
O Ich ha	abe einfach zu wenig Zeit für Freizeitaktivität	en	· · · · · · · · · · · · · · · · · · ·							
	Wenn ich allgemeine Freizeitangebote nutze, fühle ich mich als Mensch mit Behinderung oft nichtwillkommen, vor allem in bzw. bei									
O Viele vor all	Angebote, die ich gerne nutzen würde, sind f lem		ht barrierefr	ei erreichbar,						
O Viele	O Viele Freizeitaktivitäten, die ich gerne unternehmen würde, sind für mich zu teuer, vor allem									
O Ander	es, und zwar									
)	, , , , , , , , , , , , , , , , , , , ,					

oft

manchmal

selten

18 Kennen Sie die **folgenden Angebote**? Falls ja, geben Sie bitte auch an, wie häufig Sie die einzelnen Angebote in den letzten 12 Monaten genutzt haben?

(Bitte in jeder Zeile entsprechende Angaben machen)

		Kenr	ie ich	Falls ja, wie oft haben Sie sie in den letzten 12 Monaten genutzt?			
		ja	nein	mehr als 4 mal	2-4 mal	1 mal	nie
	Alten- und Servicezentrum meinem Stadtbezirk	0	Oin	Ö			0
	Nachbarschaftstreff	0	0	0	0	0	0
	Einrichtung der Offenen Behinderten- OO hilfe			0	0	0	0

19	lie akzeptiert fühlen Sie sich als Mensch mit einer Behinderung bzw. Beeinträchtigung rer Nachbarschaft und in Ihrem weiteren Umfeld? Venn Ihre Behinderung bzw. Beeinträchtigung für Außenstehende nicht erkennbar ist, kreuzen S tte "trifft nicht zu / weiß nicht" an)							
		Voll und ganz akzeptiert	Teils teils	Überhaupt nichtakzeptiert	Trifft nicht zu /weiß nicht			
	In meiner unmittelbaren Nachbarschaft	0	0	0	0			
	In der weiteren Nachbarschaft	0	0	0	0			
	In meinem Stadtbezirk	0	0	0	0			
	In meinem Stadtbezirk	0	0	0	0			